

Mehr oder weniger Geld?

Jede **vierte Familie** in Südtirol wäre ohne die Leistungen des Wohlfahrtsstaates **armutsgefährdet**.

Das AFI hat gefragt, wo die Südtiroler von der öffentlichen Hand mehr oder weniger Ausgaben fordern.

Wofür sollte die öffentliche Hand verantwortlich sein?

	JA	NEIN
Pflege im Alter und bei Invalidität	99 %	1 %
Gesundheitliche Versorgung	98 %	2 %
Unterstützung einkommensschwacher Studenten	95 %	5 %
Wohnungen für Bedürftige	87 %	13 %

Abbau von Unterschieden zwischen Arm und Reich	84 %	16 %
Sicherung Lebensstandard für Arbeitslose	74 %	26 %

Quelle: AFI

Wofür sollte die öffentliche Hand mehr ausgeben?

	MEHR	GLEICH	WENIGER
Alter, Invalidität und Pflege	76 %	24 %	0 %
Familie und Kinder	67 %	30 %	3 %
Bildung	64 %	33 %	3 %
Gesundheitswesen	60 %	34 %	6 %
Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung	41 %	42 %	17 %
Sozialen und geförderten Wohnbau	40 %	45 %	15 %
Arbeitslosenunterstützung	29 %	51 %	20 %

Quelle: AFI

von Heinrich Schwarz

Aus dem neuen AFI-Barometer des Arbeitsförderungs-institutes geht hervor, dass 83 Prozent der Südtiroler Arbeitnehmer die sozialen Unterschiede im Land als groß oder sehr groß einstufen. Sieht man sich die Zahlen des ASTAT an, so streichen die „oberen zehn Prozent“ der Südtiroler Haushalte 9,2 Mal so viel Einkommen ein als die „unteren zehn Prozent“.

Wie das AFI erklärt, leben 16,6 Prozent der Südtiroler Haushalte in relativer Armut. „Dieser Anteil würde um fast zehn Prozentpunkte ansteigen, gäbe es die sozialen Transferleistungen nicht“, so das AFI. Das heißt, dass jede vierte Familie ohne die Leistungen des Wohlfahrtsstaates armutsgefährdet wäre.

„Der Wohlfahrtsstaat erfüllt die große Aufgabe eines Garanten für die soziale Gerechtigkeit und eine

faire Verteilung des Wohlstandes“, ist AFI-Präsidentin Christine Pichler überzeugt.

Doch wie steht es um die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates in Südtirol? Wofür soll die öffentliche Hand verantwortlich sein? Und wo sollte mehr und wo weniger ausgegeben werden? Diese Fragen wurden Südtirols Arbeitnehmern gestellt.

60 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, Sozialleistungen würden zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft führen. 55 Prozent sagen, der Wohlfahrtsstaat verhindere, dass die Armut weiter wächst. 31 Prozent sehen im Sozialstaat hingegen eine zu starke Be-

lastung für die Volkswirtschaft. Die Aussage, Sozialleistungen würden Menschen faul machen, bejahen 30 Prozent.

Fast alle Befragten sagen, dass die öffentliche Hand für eine angemessene Pflege im Alter und bei Invalidität, für die Gesundheitsversorgung und für die finanzielle Unterstützung von Schülern und Studenten aus einkommensschwachen Familien verantwortlich sein soll. Ein sehr großer Teil der Arbeitnehmer zählt zudem Wohnungen für Bedürftige und den Abbau von Einkommensunterschieden zwischen Arm und Reich zu den wichtigen Aufgaben des Wohlfahrtsstaates. In

Bezug auf die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für die Arbeitslosen ist die Zustimmung mit 74 Prozent deutlich geringer (siehe auch Grafik).

Mehrbedarf sehen die Befragten fast überall – nur mit unterschiedlicher Priorität. Nach Einschätzung der Südtiroler Arbeitnehmer sollten vor allem in folgenden Bereichen mehr Geldmittel eingesetzt werden: Alter, Invalidität und Pflege (76 Prozent Zustimmung), Familie und Kinder (67), Bildung (64) und Sanität (60).

Die Aussage, Sozialleistungen würden Menschen faul machen, bejahen 30 Prozent.

Mehrheitlich für eine Beibehaltung der aktuellen Ausgabenlevels sprechen sich die Befragten in Bezug auf Arbeitslosenunterstützung (51 Prozent), Wohnbauförderung (45) und Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung (42) aus. In diesen drei Bereichen wünschen sich zwischen 15 und 20 Prozent geringere Ausgaben (siehe Grafik).

Bozen, Eppan, Lana, Marling, Meran
Wunderschöne Dame bietet sinnliche Massagen
voller Leidenschaft in luxuriösem Ambiente.
Tel. 351/1777948

NEU IN MERAN

Die Laubensassa



Neuheit in Meran:



Das erste mal in Meran

